



**Kurdistan Kultur -und Hilfsverein e.V. Paul-Lincke-Ufer 44a 10999 Berlin**

---

***Bestandsaufnahme /Stellungnahme***

-Mitglied im DPW,  
KOMKAR und Migrationsrat  
Tel: 030 / 618 92 07  
Fax: 030 / 611 33 19  
E-mail: [office@kkh-ev.de](mailto:office@kkh-ev.de)  
[www.kkh-ev.de](http://www.kkh-ev.de)

Berlin, 25.11.2010

**Eine Bestandsaufnahme und Stellungnahme zu dem neuen Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz**

Der KKH e.V., der seit 36 Jahren durch verschiedene Sozial- und Bildungsprojekte die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördert, begrüßt das geplante neue Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz vom 29.09.2010 ausdrücklich. Ohne eine soziale und politische Partizipation findet keine gegenseitige Integration statt. Das Gesetz markiert einen positiven Schritt in Richtung einer gleichberechtigten Gesellschaft, in der Menschen verschiedener Herkunft und Religionsansicht sich gegenseitig akzeptieren und fördern.

In dieser Stellungnahme möchten wir noch einmal an die zentralen Problematiken, die mit diesem willkommenen Gesetz in Verbindung stehen, erinnern und diese vereinzelt diskutieren. Auch wenn im kommenden Text viele negative Punkte erwähnt werden, möchten wir betonen, dass wir die gesetzliche Neuausrichtung, die Offenheit und die Diskussionsfreude hinsichtlich der Themen Migration und Integration sowie das wachsende Engagement für die Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland spüren und ausgesprochen schätzen. In dieser Stellungnahme wird der Frage nachgegangen, warum wir ein solches Gesetz gebraucht haben, was seine Entstehungsgründe waren und welche Fragen aus unserer Sicht als interkultureller Kultur- und Hilfsverein unbeantwortet bleiben.

Kann man mit diesem Gesetz alle existierenden Probleme lösen? Warum haben Integration und die positive gemeinsame Gesellschaft bislang nur unzureichend stattgefunden? Wer ist integrationsunwillig? Die Menschen mit Migrationshintergrund und die deutsche Mehrheitsgesellschaft sind gemeinsam verantwortlich für die aktuell fehlende Chancengleichheit. Thilo Sarrazins Gedanken sind dank seines Buches, das Rekordverkaufszahlen seit der deutschen Nachkriegsgeschichte erreicht hat, zur Genüge bekannt. Doch wie genau kennen deutsche Bürger\_innen die Gedanken und Belange ihrer Nachbar\_innen? Wissen wir, warum sie sich in unserer Gesellschaft kaum rechtfertigen und integrieren können? Warum werden häufig nur negative Aspekte über Migrant\_innen verbreitet? Das sind Fragen, die heutzutage viel differenzierter diskutiert werden sollten.

---

Deutsche rechtskonservative Politiker\_innen beschuldigen unsere Migrant\_innen, dass sie sich nicht in die Mehrheitskultur integrieren wollen und in einer „Parallelgesellschaft“ leben würden, da sie die deutsche Gesellschaft und ihre Gesetze verachteten. Doch ein Land, das seine Migrant\_innen bis vor Kurzem vorrangig als Gastarbeiter\_innen betrachtet hat, statt in ihre Qualifikation und ihr soziales Leben zu investieren, weist natürlich nicht nur Probleme mit seinen unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen auf, sondern auch mit sich selbst.

Seit den 60er Jahren kamen auf Wunsch der Wirtschaft zahlreiche unqualifizierte, gesunde und motivierte Arbeitsmigrant\_innen nach Deutschland, die kurzfristig bleiben wollten und zunächst keine Zukunftspläne im Sinn hatten. Diese Menschen wurden und werden seit Jahrzehnten nicht als Bestandteil dieser Gesellschaft anerkannt. Seit der ersten Generation von Arbeitsmigrant\_innen in Deutschland schien es die einhellige Meinung zu sein, sie seien schließlich „Gastarbeiter\_innen“ und Deutschland sei kein Einwanderungsland. Heute klagen viele Bürger\_innen vergeblich darüber, dass ihre Mitbürger\_innen mit Migrationshintergrund nicht aktiv an der Gesellschaft partizipieren und sich unzureichend integrieren.

Wenn Politiker\_innen und Medien ausländische Menschen pauschal als „terrorismusverdächtig“ abstempeln, führt das zu einer Ausgrenzung und Diffamierung von Menschen mit Migrationshintergrund. Als logische Folge fühlen viele sich in diesem Land unwohl und haben Schwierigkeiten, es als ihre Heimat zu betrachten. In diesem Zusammenhang steht auch der zunehmende Rückgang der Einbürgerungszahlen. Solange Menschen mit Migrationshintergrund nicht über dieselben Rechte wie ihre anderen Mitbürger\_innen verfügen, bedeutet Integration erst einmal eine einseitige Aufforderung von Leistungen. Dass man zum Beispiel Aufenthaltsfragen an die Erbringung ökonomischer Leistungen oder an Integrationsmaßnahmen knüpft, halten wir für völlig inakzeptabel.

An dieser Stelle möchten wir auf die Beweggründe für das Leben im Ausland eingehen, denn kein Mensch verlässt gerne seine Heimat. Aus welchen Gründen fliehen Menschen? Und finden sie an ihren neuen Wohn- und Lebensorten so etwas wie eine Heimat?

In Zeiten der Globalisierung ändert sich die Welt rasant und die neue globale Mobilität ermöglicht, dass Menschen von einem Land zum anderen wandern, um neue Wege und neue Heimaten zu suchen, in denen sie sich frei entwickeln und wohlfühlen können. Menschen verlassen bzw. fliehen aus ihrer Heimat aus vielen Gründen. Nicht jeder tut das freiwillig. Wir haben gelernt, dass sobald sich ein Mensch in einer neuen Heimat befindet, er auch bereit ist, sich dort zu integrieren, weil er/sie die Veränderungen und Umbrüche ja auch einkalkuliert hat.

### **Was passiert jedoch, wenn ein Mensch mit Migrationshintergrund sich in seinem neuen Umfeld nicht willkommen fühlt?**

Die Heimat ist nicht länger nur der Ort, an dem man geboren und aufgewachsen ist, sondern sie befindet sich dort, wo man lebt und sich sicher als auch wohlfühlt. Doch wenn solcherart Aussagen wie die von Thilo Sarrazin breite Zustimmung in einer Gesellschaft finden, verursacht das Angst unter den Migrant\_innen. Als Reaktion fühlen sich sehr viele in ihrer neuen Umgebung unwohl und betrachten sie auch nicht als Zuhause. In der zweiten Konsequenz sinken die Einbürgerungszahlen und der gesellschaftliche Zusammenhalt wird instabil.

---

In ganz Europa erhöht sich die Zahl der Migrant\_innen, die in ihrer Heimat entweder politische oder ökonomische Probleme haben. Die „Überfremdung“ und die öffentliche Aufmerksamkeit für radikale Islamist\_innen provozieren eine diffuse Angst unter den Europäer\_innen. Die Einwanderung macht viele Menschen unsicher und sie bangen um ihre Kultur und Religion. Daher berufen sie sich in den europäischen Ländern stärker auf ihre Werte und Traditionen. Doch laut der neuen Rechtsextremismus-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung *„Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“* lässt sich eine offen zur Schau gestellte rechtsextreme Tendenz in Deutschland feststellen und hat im Vergleich zu der 2008 durchgeführten Studie *„Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland“* zugenommen.

Inzwischen scheint Ausländerfeindlichkeit quasi fast zu einem „Normalfall“ geworden zu sein. Erschreckende 50 % der Bevölkerung sind gegen „den Islam“. Die angesprochene Angst wird von Rechtspolitiker\_innen aufgegriffen und geschürt, um Wählerstimmen zu gewinnen. Gleichzeitig verängstigen sie aber auch die integrationswilligen Menschen und stigmatisieren sie als „die Anderen/die Ausländer“.

**Die Menschen in Deutschland haben dank des neuen Gesetzes endlich damit begonnen, den Begriff „Deutsch“ neu zu definieren.**

Was heißt deutsch? Wer sind Deutsche? Die Mehrheitsgesellschaft muss bereit sein, diesen Begriff zu überdenken und zu erweitern, weil sie heute und in Zukunft mit Migrant\_innen zusammenleben werden. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sinkt die Zahl der potenziellen Erwerbstätigen im nächsten Jahr um 200.000 Personen. Ab 2015 wird der Arbeitskräftepool demografisch bedingt so stark schrumpfen, dass selbst hohe Zuwanderungszahlen den Effekt voraussichtlich nicht mehr ausgleichen können. Es ist demnach unverständlich, warum unseren Migrant\_innen der Einstieg in das wirtschaftliche und soziale Leben Deutschlands aufgrund der vielseitigen Hürden und Barrieren seitens der deutschen Institutionen und Bürokratie bisher so schwer gemacht wurde.

Da sich viele Menschen mit Migrationshintergrund mit Perspektivlosigkeit und Arbeitslosigkeit konfrontiert sehen sowie sich von der hiesigen Gesellschaft ausgestoßen fühlen, sind sie auf sich allein gestellt und werden in öffentlichen Debatten überdies häufig als kriminell oder radikal islamistisch inszeniert.

Da viele Migrant\_innen über einen geringen Bildungs- und Qualifizierungsstand verfügen und ihre vorhandenen ausländischen Berufsabschlüsse noch zu wenig anerkannt werden, sind sie in politischen Institutionen, in Unternehmen, Behörden oder in Führungspositionen durchgängig unterrepräsentiert. Das neue Gesetz wird diese politische und soziale Realität hoffentlich verändern.

---

**Nun kommen wir zur wichtigsten Frage: Was beeinflusst die Integration der Migrant\_innen so negativ? Durch unsere tägliche Arbeit im KKH e.V. sehen wir hierfür drei Hauptgründe:**

Migrant\_innen treffen bei Bewerbungen für Wohnungen, Arbeit und Ausbildung noch immer auf Diskriminierungen. In den staatlichen Behörden werden oftmals unnötige Papierkram-Hürden errichtet und wenig Toleranz gezeigt. Die Ausländerbehörden und Einbürgerungsämter machen den Migrant\_innen durch langwierige Formalitäten das Leben schwer. Befristete Aufenthaltserlaubnisse und Duldungen frustrieren Betroffene und deren Angehörige, da viele unter ihnen jahrelang ohne Zukunftsperspektiven leben müssen.

Zweitens werden die Kinder von Migrant\_innen im deutschen Schulsystem tendenziell benachteiligt. Hier handelt es sich um eine Tatsache, die auch von der UNO bestätigt wurde. In den Schulen werden „Migrantenkinder“ oftmals nur unzureichend gefördert. Kinder aus Arbeiterfamilien mit Migrationshintergrund können trotz guter Leistungen kein Abitur machen, da viele Lehrer\_innen der Meinung sind, dass diese Schüler\_innen keine Unterstützung von ihren Eltern erhalten. Durch das neue Gesetz und den gebildeten Bezirksbeirat sowie Landesbeirat hoffen wir, dass strukturelle Benachteiligungen in Zukunft verhindert werden.

Drittens gelangen Migrant\_innen in der Arbeitswelt bislang kaum in höhere Positionen. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft hat sich noch nicht daran gewöhnt, in den oberen Etagen qualifizierte Migrant\_innen zu sehen. Für viele sind Migrant\_innen nur Arbeiter\_innen mit geringer Qualifikation. Das Hauptproblem bestand bisher darin, dass in der deutschen Gesellschaft keine Willkommenskultur herrschte. Das neue Gesetz zur Regelung von Integration und Partizipation ist ein wichtiger Schritt für eine vielversprechende gemeinsame Zukunft.

Um diese grundlegenden Probleme zu bekämpfen, sollten wir endlich aufhören, Migrant\_innen aufgrund ihrer Bildung, Herkunft und Religion zu benachteiligen bzw. zu diskriminieren. Wir sollten eine offensive und anti-stereotype Darstellung des Zusammenlebens forcieren, die Kürzungen in sozialen Bereichen stoppen, mehr in die Schulbildung investieren, die multinationalen Beziehungen und Kooperationen zwischen Migrant\_innen und Deutschen fördern und mehr Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Notwendigkeit und der Potenziale des interkulturellen Zusammenlebens leisten.

Der Vorstand

Für Fragen stehen

**Herr Dr. med. Güler 030-615 10 63,  
Herr Aktas und Herr Tekin 030- 618 92 07**

zur Verfügung.

---